

## **Einladung – 2. Neudruck**

Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Energie

Minister für Wirtschaft und Energie

nachrichtlich: Präsidentin des Landtages  
Direktor des Landtages  
Geschäftsstellen der Fraktionen  
Chef der Staatskanzlei  
Präsident des Landesrechnungshofes  
Landesbeauftragte für den Datenschutz und  
für das Recht auf Akteneinsicht  
Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung  
der Folgen der kommunistischen Diktatur  
Rat für Angelegenheiten der Sorben/Wenden  
Kabinetttreferenten aller Ministerien

**39. (öffentliche) Sitzung  
des Ausschusses für Wirtschaft und Energie  
Mittwoch, 18. April 2018  
10.00 Uhr, Raum 1.050**

Landtag Brandenburg  
Alter Markt 1  
14467 Potsdam

## Tagesordnung (Entwurf):

1. Öffentliche Anhörung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Akzeptanz für Windenergie stärken - Servicestelle bei der Energieabteilung WFBB einrichten“ - Drucksache 6/7722 *(auf Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE)*
2. Bericht des Ministeriums für Wirtschaft und Energie zur Zukunft der ILA am derzeitigen Standort *(auf Antrag der AfD-Fraktion)*
3. Bericht des Ministers für Wirtschaft und Energie über die bewilligten Einzel-förderungen aus der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) mit einem Zusagevolumen von mehr als 1 Million Euro per 31.12.2017
4. Eckpunkte der Landesregierung für die Arbeit in der Kommission für den Strukturwandel und den Kohleausstieg des Bundes *(auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*
5. Vorstellung der Projekte, die das Land Brandenburg bei der EU-Kommission im Rahmen der Kohle-Plattform zur Förderung vorgeschlagen hat *(auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*
6. Bericht des MWE zu US-Strafzölle auf Stahl und Aluminium und deren Auswirkungen auf die Wirtschaft im Land Brandenburg *(auf Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE)*
7. Bericht des MWE zu einem möglichen Verkauf des Tropical Island *(auf Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE)*
8. Bericht des Ministeriums für Wirtschaft und Energie zur Auslastung der Gewerbegebiete, Technologie- und Gründerzentren und Güterverkehrszentren im Land Brandenburg *(auf Antrag der AfD-Fraktion)*
9. Bericht des Ministeriums für Wirtschaft und Energie zum Sachstand Ausbau WLAN-Hotspots *(auf Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE)*

10. Bericht des Ministeriums für Wirtschaft und Energie zur Initiative der EU-Kommission WiFi4EU und der Fördermittelvergabe für die Einrichtung von kostenlos zugänglichen öffentlichen WiFi-Spots für Kommunen (auf Antrag der CDU-Fraktion)
11. Verschiedenes
- 11.1 Protokollkontrolle
- 11.2 Einführung der Bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung in Brandenburg beschleunigen - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drs. 6/8253 (Festlegung des Beratungsverfahrens)
- 11.3 Konferenzgetränke

Ralf Holzschuher  
Vorsitzender

## **Anlagen**

1. eingeladene Anzuhörende
2. Fragenkatalog

*Die interessierte Öffentlichkeit, Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ministerien werden gebeten, sich möglichst bis zum Vortag bei dem Ausschussreferenten, Herrn André Wilksch unter der E-Mail: [ausschussawe@landtag.brandenburg.de](mailto:ausschussawe@landtag.brandenburg.de) anzumelden. Eine Platzreservierung erfolgt im Rahmen der Möglichkeiten in der Reihenfolge der Anmeldungen. Bitte beachten Sie, dass im und am Landtagsgebäude keine Parkplätze zur Verfügung stehen. Besucherinnen und Besucher, für deren Teilnahme an der Sitzung Maßnahmen für den barrierefreien Zugang erforderlich sind, werden um einen entsprechenden Hinweis bei der Anmeldung gebeten. Bitte haben Sie Verständnis, dass in diesen Fällen ein gewisser zeitlicher Vorlauf für die Planung entsprechender Maßnahmen erforderlich ist.*

**38. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie**

**Öffentliche Anhörung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
„Akzeptanz für Windenergie stärken - Servicestelle bei der Energieabteilung  
WFBB einrichten“ - Drucksache 6/7722**

Mittwoch, 18. April 2018, 10.00 Uhr  
Landtag Brandenburg, Raum 1.050

**Anzuhörende:**

- |     |                          |   |
|-----|--------------------------|---|
| 1.  | Jan Hinrich Glahr        | Bundesverband WindEnergie                                 |
| 2.  | Jens Graf                | Städte- und Gemeindebund Brandenburg                      |
| 3.  | Ramona Notroff           | Servicestelle Windenergie in Thüringen                    |
| 4.  | Thomas Voigt             | Bürgermeister der Gemeinde Temnitztal                     |
| 5.  | Waltraud Plarre          | Sprecherin der Volksinitiative<br>„Rettet Brandenburg“    |
| 6.  | Simon Schäfer-Stradowsky | Institut für Klimaschutz, Energie und Mobilität e. V.     |
| 7.  | Boris Gotchev            | Institut für transformative Nachhaltigkeitsfor-<br>schung |
| 8.  | Michael Limburg          | Europäisches Institut für Klima und Energie               |
| 9.  | Frank Sondershaus        | Fachagentur Windenergie an Land e. V.                     |
| 10. | Wolfgang Rump            | Regionale Planungsgemeinschaft Oderland-Spree             |
| 11. | Lars Roskoden            | Energiequelle GmbH Zossen                                 |

**Frage der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE für die Anhörung am 18. April 2018 zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Akzeptanz für Windenergie stärken - Servicestelle bei der Energieabteilung WFBB einrichten“ - Drucksache 6/7722**

Wie lässt sich die Akzeptanz der Windenergie steigern?

**Fragen der CDU-Fraktion für die Anhörung am 18. April 2018 zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Akzeptanz für Windenergie stärken - Servicestelle bei der Energieabteilung WFBB einrichten“ - Drucksache 6/7722**

1. Wie würden Sie aus Ihrer Sicht die Zustimmung für Windenergie zum einen in Brandenburg im Allgemeinen und zum anderen speziell in Ihren Wirkungskreisen beschreiben? Wie hoch/niedrig ist aus Ihrer Sicht die Akzeptanz für die bestehenden und zu errichtenden Windkraftanlagen? Woran liegt es? Welchen Beitrag leisten derzeit einerseits Sie selbst und andererseits das Land Brandenburg, um die Akzeptanz zu erhöhen und auf einem zufriedenstellenden Niveau zu halten? Sind die häufigsten Einwände sachlicher oder emotionaler Natur?
2. Welche konkreten Konfliktpotenziale, Befürworter- und Gegnerprofile als auch Kooperationen der betroffenen Akteure in Bezug auf den Ausbau der Erneuerbaren Energien, insbesondere der Windkraftträder, können Sie für das Land und speziell ihre Region definieren? Wie verläuft die Konfliktvermeidung und -beseitigung in Ihren Tätigkeitskreisen derzeit? Können tendenziell mehr Erfolge oder Niederlagen verzeichnet werden?
3. Sind Sie der Meinung, dass eine zentralisierte Servicestelle, angesiedelt in der Landeshauptstadt bei der WFBB, die bereits bestehenden und die neu entstehenden Konflikte vor Ort in der Fläche schlichten bzw. lösen kann auf eine Art und Weise, auf die es den örtlich aktiven Akteuren nicht möglich ist? Wenn ja, mit welchen besonderen Instrumenten müsste sie gewappnet sein und welchen Mehrwert müsste sie erzeugen? Wenn nein, welche Alternativen kämen infrage?
4. Welche Vor- und Nachteile erkennen Sie durch die Errichtung einer derartigen Servicestelle in Potsdam? Welche Interessengruppen würden davon am meisten profitieren?
5. Mit welchen Mitteln und Maßnahmen kann aus Ihrer Sicht die Akzeptanz für die Erneuerbaren Energien, insbesondere für die Windkraftanlagen, im Land Brandenburg erhöht werden, ohne dass die landesgesetzgeberischen Gegebenheiten geändert werden müssten? Welche Gesetzesänderungen könnten die Situation verbessern? Gibt es Ansätze, welche zur Konflikt-schlichtung zwischen betroffenen Akteuren führen würden, welche jedoch lediglich dem Land vorbehalten sind? Welche Modelle der Konfliktvermeidung...

gung und -lösung werden örtlich je nach Bedarf zur Anwendung gebracht?

6. Welche Möglichkeiten der lokalen Bürgerbeteiligung an der Energiewende gibt es derzeit in Brandenburg? Wie schätzen Sie den Grad der tatsächlichen Einflussnahme auf diese ein? Werden die Beteiligungsangebote genutzt? Sehen Sie einen Bedarf der Kompetenzerweiterung der Bürgerinnen und Bürger?
7. Wie sieht die finanzielle und personelle Ausgestaltung der Thüringer Servicestelle im Einzelnen aus? Wo ist sie angesiedelt und unter welcher Geschäftsform wird sie betrieben? Inwiefern ergänzt oder erweitert sie die Befugnisse/Entscheidungsspielräume/Kompetenzen der örtlichen Kommunen oder Planungsgemeinschaften? Was gehört zu ihrem Geschäftskern? Welche Empfehlungen in Bezug auf die Planung und Ausgestaltung können für eine künftige Brandenburger Servicestelle ausgesprochen werden um diese möglichst effektiv und effizient zu gestalten? Können die besonders erfolgreichen Fälle und Modelle der Konfliktschlichtung durch die Thüringer Servicestelle näher erläutert werden?

**Fragen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Anhörung für die Anhörung am 18. April 2018 zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Akzeptanz für Windenergie stärken - Servicestelle bei der Energieabteilung WFBB einrichten“ - Drucksache 6/7722**

1. Worauf ist die von Projekt zu Projekt unterschiedlich breit ausgeprägte Akzeptanz bzw. Ablehnung von Windenergieanlagen im Wohnumfeld zurückzuführen?
2. Welchen Anteil an der Ablehnung von Windenergieprojekten hat die Kommunikation zwischen Planungsbehörden, Gemeindevertretern, Investoren und Anwohnern?
3. Welchen Einfluss auf die Akzeptanz hat die mangelnde finanzielle Teilhabe an den Einnahmen aus der Windenergie?
4. Woran liegt es, dass nicht alle Gemeinden das Instrument des Bebauungsplans nutzen, um die Planungen von Windenergieanlagen und der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu steuern?
5. Welche (weiteren) Maßnahmen tragen zur Akzeptanz bei, wenn sich der Umfang des Ausbaus der Windenergie bzw. des konkreten Projektes vor Ort nicht verändern lässt?
6. Welche Faktoren sind für die Akzeptabilität eines Windenergieprojektes ausschlaggebend? Wie können diese durch staatliche Angebote adressiert werden?
7. Wie sollte eine öffentliche Einrichtung aussehen, bei der Angebote zur Unterstützung unterschiedlicher Akteure (Regionalplanung, Kommunen, Projektierer, Landeigentümer, Bürger, TöBs) bei Windenergievorhaben angesiedelt sind?

8. Wie können – neben besserer Beteiligung durch Projektierer mittels des Siegels – auch die Transparenz und Beteiligung seitens der Kommunen und der regionalen Planungsträger verbessert werden?
9. Wie kann die Öffentlichkeit an der Verwendung der durch WEA-Projekte eingenommenen Gelder einer Gemeinde gut beteiligt werden?
10. Wie können regionale Träger (Stadtwerke) stärker an der Umsetzung von Windenergieprojekten beteiligt werden (um die reg. Wertschöpfung zu steigern)? Wie kann die regionale Wertschöpfung durch Windenergie gestärkt werden?
11. Wie kann die gegenwärtige Flächensicherungspraxis im Vorfeld der Projektplanung (Windhundprinzip) verändert werden, um hier öffentliche Interessen stärker zum Tragen kommen zu lassen?
12. Wie können formelle Instrumente zur Stärkung der kommunalen Teilhabe (⇒ Koalitionsvertrag der Bundesregierung) verlässlich ausgestaltet und mit informellen Instrumenten der Öffentlichkeitsbeteiligung verknüpft werden?
13. Welche Zuständigkeiten kann eine Servicestelle erfüllen – Betreuung von Bürgerenergiegesellschaften und Projekten der dezentralen Energieversorgung? Konfliktmanagement durch Informationsvermittlung über die Umweltwirkung von Windparks?